

Heute vor 26 Jahren



23. 1. 1988: «Wetten, dass...?» in Basel. Der von Bühne, Film und vor allem Fernsehen bekannte Schauspieler Götz George (Schimanski) im angeregten Gespräch mit dem Fernsehmoderator Thomas Gottschalk (rechts), anlässlich der Live-Übertragung von «Wetten, dass...?» in der St. Jakobshalle in Basel. Damals plauderten sie friedlich, bei späteren Sendungen (1998, 2003) gerieten sie sich – echt und später inszeniert – in die Haare. Foto Keystone

Briefe

Denkweise im Interesse der Stadt

ACS fährt Wessels an den Karren/ «Ich stelle Ihre Denkweise infrage»;
BaZ 20. 1. 14

Unerhörtes geschieht in der Basler Politik. Da sollen auf Veranlassung der Regierung Fussgänger und Velofahrer zu Lasten des Autoverkehrs gefördert werden. Der ACS-Geschäftsführer Christian Greif zeigt sich empört über einige wenige neue Tempo-30-Zonen und beklagt sich, dass die «Denkweise» des städtischen Regierungsrates angeblich «nur» der städtischen Bevölkerung dient. Absurder kann ein Vorwurf nicht sein. Genau diese Bevölkerung wählt und bezahlt ihn auch. Hans-Peter Wessels hat primär Verkehrsprobleme von Basel zu lösen, nicht die von Bewohnern irgendwelcher Vorortsgemeinden. Auch Anliegen vom ACS Baselland sind auf der Prioritätenliste eher unten anzusiedeln.

Peter Bächle, Basel

Grösstmögliche Verkehrsobstruktion

Ich kenne niemanden, der nicht auch wie Christian Greif der Meinung ist, es müsse dem Velo fahrenden Regierungsrat Hans-Peter Wessels Freude bereiten, grösstmögliche Verkehrsobstruktion zu betreiben. Wie ist es etwa nebst den zitierten Beispielen sonst zu erklären, dass man an Wasgen- und Luzernerring (notabene eine Jahre dauernde Baustelle) Mini-Parkplätzchen schafft, die den einspurigen Verkehr (auch so ein Schildbürgerstreich, von der zumeist nicht betroffenen Bevölkerung beschlossen!) massiv behindert, wenn jemand rückwärts einparkiert. Nicht zu vergessen die absurden pneufileichen Metallabgrenzungen. Autofeindliche Beispiele gäbe es noch viele.

Heinz Thommen, Basel

Selbstverständlich ein Tunnel

Christian Greif, Geschäftsführer des ACS beider Basel, bezweifelt im Streitgespräch mit Regierungsrat Wessels, dass eine Tunnellösung an der Osttangente den Städtern etwas nützt.

Der Denkfehler dieses Autolobbyisten fusst auf der schrägen Definition des Städters als Autofahrer. Bis jetzt bin ich davon ausgegangen, dass ein Städter ein Mensch ist, der in der Stadt wohnt

und sich wünscht, eine gewisse Lebensqualität geniessen zu dürfen. Die an der Autobahn Ansässigen eingeschlossen.

Was ist denn die Alternative zu einer Tunnellösung? Für betriebliche Massnahmen wie etwa Tempo 60 werden diese Kreise kaum zu gewinnen sein. Und den oberirdischen Ausbau der Autobahn, mit anderen Worten die Verschlimmerung der Planungsbeziehungsweise Bausünde der späten 1960er-Jahre, eine Autobahn mitten durch Wohnquartiere zu führen, kann ja keiner mehr im Ernst vertreten.

Interessant ist, dass der ACS die Petition von 2011 an Bundesrätin Doris Leuthard ausdrücklich unterstützt hat. Darin wird gefordert, die Osttangente «zukünftig auf der gesamten Länge zwischen Schwarzwaldtunnel und Anschluss Hagnau in Tunnellage zu führen». Wie sagte einst der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, als er auf einen Widerspruch gegenüber seinen früheren Aussagen hingewiesen wurde? «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?»

Bruno Keller-Sprecher, Basel, Präsident Verein Ausbau Osttangente – so nicht!

Unabhängiger Expertenrat wäre gut

Endlich wagt es ein Verbandsvertreter, dem Baudepartement deutlich öffentlich Paroli zu bieten. Unverständlich ist, dass die anderen Wirtschafts-, Verkehrs- und Fachverbände die Abschottungs- und Kleinstadtpolitik des Baudepartements der letzten Jahre nicht stärker öffentlich kritisieren. Dass sich Gewerbe- und Wirtschaftsvertreter im Parlament von Bund und Kanton sogar noch vor den Karren von Regierungsrat Hans-Peter Wessels spannen lassen, ist schlicht unverständlich.

Warum nehmen Gewerbetreibende oder Industrielle tägliche Staukosten einfach hin? Sind der Wegzug von Bell ins Mittelland und die Verlagerung von Coop nach Pratteln keine ernst zu nehmenden Alarmsignale? «Schutz der Wohnquartiere ja, Abwürgen des Wirtschaftsverkehrs nein» müsste die Maxime lauten. Dazu kommt, dass eine gemeinsame Strategie der Basler Halbkantone zu Verkehrs- und Raumentwicklung in ihren Auswirkungen nicht wahrzunehmen ist. Auch bei den Verbänden entspricht gemeinsames Vorgehen zum Wohl beider Kantone offenbar keinem zentralen Anliegen, sonst würde die Wirtschaftskammer Baselland nicht Basel-Stadt belehren, was zu tun

sei. Es wäre Zeit, dass die Regierungen Basel-Stadt und Baselland einen gemeinsamen, unabhängigen Expertenrat mit einem Mandat ausstatten, Jalons für gemeinsame, fruchtbare Verkehrs- und Raumpolitik definieren, als Basis für die regionale Wirtschaft. So wie bis heute darf es nicht weitergehen. Insbesondere dann nicht, wenn die beiden Kantone selbstständig bleiben sollten.

Hans-Jörg Schlegel, Büren (SO), dipl. Bauing. ETH/SIA

Traktorbeleuchtung klar geregelt

Am Cortège bitte Licht an!;
BaZ 21. 1. 14

Interessanterweise kennen die Protagonisten, sprich das Comité, die von ihnen in Kooperation mit der Kantonspolizei erlassenen Verordnungen nicht. In den «Polizeivorschriften betreffend die Fasnacht 2014» (auf der Comité-Seite verfügbar), steht (Paragraf 6 «Betriebsicherheit der Fasnachtsfahrzeuge»), «dass die Verkleidung der Fasnachtswagen so anzubringen ist, dass sowohl die vorderen Lichter als auch die Kontrollschilder sowie die Schluss- und Bremslichter erkennbar sind». Im Kontext des übergeordneten Strassenverkehrsrechts (SVG, SR 741.00) und zugehörigen Verordnungen sollte es kein Problem sein, Lichtpflicht am Tage durchzusetzen – sollte es denn wirklich notwendig sein.

Im Absatz 8 der Verkehrsordnung heisst es: «Für Chaisen gelten die gleichen Vorschriften bezüglich Betriebsicherheit, Sicherungsmassnahmen...», also auch Tagfahrlicht, oder? Schade, kommt dieser Artikel erst jetzt! Dies hätte ein einleuchtendes Sujet gegeben.

Benno Leuenberger, Therwil

Groteske Debatte, absurde Vorschrift

Die Debatte um die Beleuchtung der Waggiswagen, eine der absurdesten Vorschriften («Licht an bei vollem Tageslicht»), ist grotesk. Da sollen Automobilisten also gebüsst werden, wenn sie ohne Licht am Tag fahren. Bald jeder Dritte hat das Handy am Ohr, schreibt SMS oder spielt an einem Gerät herum und fährt dabei Schlangenlinien. Der neueste Gag: Man schaut auf speziellen Displays während der Fahrt Fernsehen! Alles wird toleriert, sogar vor den Augen der Polizei! Da kann man trotz viel Licht nur noch eines sagen: Gute Nacht!

Markus Wilhelm, Allschwil

Konzeptloser Aktivismus

Der Niedergang der Schweizer Stromindustrie/Wir nehmen uns selber vom Netz; BaZ 17. 1. 14

Vielen Dank für diesen Beitrag von Kurt Tschan – das kann kaum deutlich genug gesagt werden! Eigentlich müsste der Bundesrat ein Dankschreiben nach Berlin schicken für den Gratis-Anschauungsunterricht, wie man es auf gar keinen Fall machen sollte. Aber leider sind da offenbar blinde Führer am Werk. Tschan soll dranbleiben. Energie fand ich seit jeher ein spannendes Thema, aber was unsere Politiker in den letzten Jahren draus machen, nervt – für mich ist das schon eher der Abschied von Politik, hin zu konzeptlosem Aktivismus.

Franz Eberle, Wiler

Schweizer Erstaufführung

Machtbewusst, musikalisch und moralistisch/Das Frühjahr 2014 bietet eine geballte Ladung an Informationen über Hans Huber; BaZ 18. 1. 14

Wie der Autor Sigfried Schibli richtig vermerkt, sind Kompositionen von Hans Huber nur selten zu hören. Umso mehr freut sich das Collegium Musicum Basel, im Konzert am 28. Februar 2014 (Musiksaal im Stadtcasino) das Violinkonzert Nr. 2 in d-moll von Hans Huber dem Basler Publikum als Schweizer Erstaufführung vorzustellen. Es wird gespielt von der in Zürich lebenden, preisgekrönten russischen Geigerin Maria Solozobova. Das gleiche Konzert findet am 23. Februar in der Zürcher Tonhalle statt. Neben dem Violinkonzert erklingen Werke von Felix Mendelssohn und Peter Tschaikowsky.

Hanne Sieber, Allschwil, Collegium Musicum Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbrief, 4010 Basel

Einspruch Werte und Wohlstand

Von Ranjit B. Mazumder

Die Masseneinwanderung überrollt die Schweiz und die Schweizer Bevölkerung; Wohlstand und Lebensqualität sind am Abnehmen. Mit der Aufgabe der Souveränität über die Migration hat die Schweiz einen Dammbbruch erlitten. Bevölkerungswachstum von jährlich über 80 000 Personen (über ein Prozent) kann kein souveränes Land verkraften. Weniger Wohlstand, soziale Spannungen, zunehmende Kriminalität, Arbeitsplatzverlust (vor allem ältere Menschen und Neueinsteiger), massive Überlastung unserer Infrastruktur, Zunahme der staatlichen Verschuldung (etwa wegen erhöhter Investitionen) sind alle schon im vollen Gang bei uns.

Mit dieser unkontrollierten massiven Zuwanderung läuft die Schweiz auch Gefahr, dass grundlegende Schweizer Werte, die von Generationen der hiesigen Bevölkerung mit viel Einsatz und Verzicht aufgebaut wurden, verloren gehen. Es sind gerade diese Werte, die die Stärke des rohstoffarmen Landes Schweiz ausmachen! Eigenschaften wie Einsatzwille, Qualitätsbewusstsein, Innovation, Eigenverantwortung (nicht alles vom Vater Staat haben wollen), Pflichtbewusstsein, gute Ausbildung und Weiterbildung sind nur einige Eigenschaften, die bei den Einwanderern kaum hinreichend zu finden sind. Die enorme Differenz im Wohlstand (Bruttoinlandprodukt pro Kopf in US-Dollar: Schweiz 81 000; Armenien 5500; Kosovo 6200; Serbien 6100) übt eine Sogwirkung bei diesen Ländern aus; die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass wir Armut importieren! Unser Wohlstand hat durch die Masseneinwanderung bereits abgenommen. Die Statistiken beweisen diese Wohlstandsabnahme: Im Schnitt Pro-Kopf-Wachstum im Jahr: 1945–2002: +1,98 Prozent; 2002–2012: +0,84 Prozent; 2007–2012: –0,05 Prozent! Viele Bürger merken dies schon lange, jeden Monat.

Für die Wirtschaft ist es angenehm, aus einem Reservoir von 500 Millionen Menschen billigere Arbeitskräfte zu rekrutieren. Auf der anderen Seite weiss man auch, dass Volkswirtschaften, die aus billigen Arbeitskräften schöpfen können, ihre Fähigkeit, hohe Produktivität und Innovation aufrechtzuerhalten und Wohlstand für das Volk zu steigern, verlieren. Vermehrt werden einheimische Arbeiter entlassen und jüngere Kräfte aus der EU eingestellt. Das darf nicht sein.

Die Freizügigkeit mit der EU schränkt die Rekrutierung von Arbeitskräften von ausserhalb der EU ein.

In der Schweiz liegt ein riesiges Potenzial an qualifizierten und erfahrenen Mitarbeitern brach. Denken wir an die vielen über 50-Jährigen, die ihre Stelle verloren haben, denken wir auch an Personen, die bereit sind, über das Pensionierungsalter zu arbeiten, aber nicht eingestellt werden! Vergessen wir nicht die vielen Frauen, die gerne Vollzeit oder Teilzeit arbeiten möchten. Dieses Potenzial muss aktiviert werden.

So können wir auf Masseneinwanderung verzichten und die demografische Veränderung berücksichtigen. Zudem bräuchten wir keine zusätzliche Infrastruktur, entlasten unser Sozialsystem. Die Freizügigkeit mit der EU schränkt die Schweiz auch bei der Rekrutierung von hoch qualifizierten Arbeitskräften von ausserhalb der EU ein. Die Schweiz hat stets Arbeitskräfte aus der ganzen Welt gezielt aussuchen können. Dies ist mit der Masseneinwanderung aus der EU unterbunden und schwächt die Wirtschaft längerfristig! Lassen wir uns nicht durch Schönfärberei und Halbwahrheiten täuschen und sagen am 9. Februar Ja!

Ranjit B. Mazumder, Beinwil am See, Ing. ETH, SVP-International.